

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1931**

27.3.1931 (No. 73)

# Karlsruher Zeitung

## Badischer Staatsanzeiger

Expedition:  
Karl-Friedrich-  
Straße Nr. 14  
Verlagspreis  
Nr. 988  
und 984  
Postfachkonto  
Karlsruhe  
Nr. 3515

Verantwortlich  
für den  
redaktionellen  
Teil  
und den  
Staatsanzeiger:  
Chefredakteur  
G. A. M. e. n. d.  
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3,25 RM, einl. Postgebühren. — Einzelnummer 10 Pf.; Samstag 15 Pf. — Anzeigengebühr: 14 Pf. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder stel. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Rabatt auf die Gesamtbilanz zu rechnen ist, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Umfassende Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karl-Friedrich-Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweiser Beseitigung und Konturverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Auslieferung, Betriebsstörung, Betriebsänderung, Betriebshaltung oder in denen unserer Verleger, hat der Interessent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Druckfahnen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralvertriebsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Willenswelt und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Wohlfahrtsblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

### Das Problem der Arbeitslosigkeit

#### Heute Nachmittag Kabinettsitzung

BR. Berlin, 27. März. (Priv.-Tel.) Die Mitglieder des Reichskabinetts haben sich heute vormittag in der Reichskanzlei zu einer Besprechung versammelt, die einer Beratung der kommenden Aufgaben gilt. Nachdem der Reichstag sich verlagert hat, will man sich nun offenbar darüber klar werden, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen hat, um der gegenwärtigen Not zu steuern. Im Mittelpunkt bei diesen Erörterungen steht die Arbeitslosenfrage.

Das ergibt sich schon daraus, daß auch der frühere Reichsarbeitsminister Dr. Brauns an den Beratungen teilnimmt. Er berichtet über den Stand der Arbeiten des Ausschusses, dem bekanntlich aufgegeben worden ist, Vorschläge zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu machen. Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald hat jedenfalls die Absicht, nun mit allen verfügbaren Mitteln an das große Problem der Arbeitslosigkeit heranzugehen.

Heute nachmittag findet eine Kabinettsitzung statt, in der vor der Osterpause noch die Dinge ausgearbeitet werden sollen, die infolge der starken Beanpruchung der Kabinettsmitglieder durch die parlamentarischen Arbeiten noch nicht zur Erledigung gekommen sind.

#### Vorausichtlich Sommertagung des Reichstags

BR. Berlin, 27. März. (Tel.) Obwohl sich der Reichstag gestern bis zum 13. Oktober verlagert hat, bedeutet das noch nicht, daß diese Pause nun wirklich auch eingehalten wird. Wie Präsident Lüge schon gestern festgestellt hat, kann eine Mehrheit des Reichstags immer eine frühere Einberufung des Reichstags herbeiführen. Eine Sommertagung des Reichstags liegt nach wie vor im Interesse der Sozialdemokraten, die sich ausdrücklich vorbehalten, die Einberufung zu beantragen, wenn politische Ereignisse eintreten, die nach ihrer Auffassung eine Reichstagsung notwendig machen.

In politischen Kreisen glaubt man, daß es an solchen Ereignissen in diesem Jahr nicht fehlen wird. Es ist ja kein Geheimnis, daß die Regierung nach Abschluß der Sachverständigenarbeiten eine Reihe von Reformen in der Arbeitslosenversicherung plant, die auf dem Wege der Notverordnung in Kraft gesetzt werden sollen. Diese Notverordnung, die in den nächsten Monaten zu erwarten ist, wird voraussichtlich für die Sozialdemokraten schon der Anlaß sein, die Einberufung des Reichstags zu verlangen. Eine Mehrheit für einen solchen Antrag ist ohne weiteres vorhanden, da auch die Kommunisten dafür eintreten würden, daß die Deutschnationalen und Nationalsozialisten, die durch ihr Wiedererscheinen die Mehrheitsverhältnisse ändern könnten, sich einer Reichstagsberufung widersetzen würden, ist nicht anzunehmen. Mit einer Sommertagung des Reichstags ist also trotz der Verlegung bis zum 13. Oktober durchaus zu rechnen.

### Berlins neue Verfassung

#### Bürgermeister Scholz droht mit Rücktritt

Der Preussische Landtag hat am Mittwoch das Gesetz über die neue Stadtverfassung von Berlin endgültig in dritter Lesung mit 233 Stimmen der Regierungsparteien gegen nur 18 Stimmen angenommen, wobei sich der größte Teil der Opposition der Reichsparteien und der Kommunisten nicht an der Abstimmung beteiligte.

Die Reform ist sehr einschneidend. Der neue Oberbürgermeister, der im nächsten Monat gewählt werden soll, wird erheblich größere Rechte haben als bisher. Nicht mehr der Magistrat, sondern der Oberbürgermeister stellt die städtischen Beamten an und der Oberbürgermeister ist auch nicht mehr der Kollege der Stadträte, sondern ihr Führer. Das wichtigste in der Reform aber ist die Beschränkung der Aufgaben des Stadtparlamentes. Ein großer Teil ihrer Aufgaben geht an einen 45-gliedrigen Stadtbürgermeisterausschuß über, der nicht öffentlich tagt. Damit hofft man einen großen Teil der Verwaltungsarbeit den erregten Diskussionen der Parteipolitik in der Stadtverordnetenversammlung zu entziehen. Der Magistrat wird erheblich verkleinert und wird außer dem Oberbürgermeister und den beiden Bürgermeistern nur noch neun bezoldete und sechs ehrenamtliche Stadträte umfassen, die sämtlich von der Stadtverordnetenversammlung zu wählen sind. Das neue Gesetz bedarf noch der Zustimmung des Preussischen Staatsrats, an der aber kein Zweifel besteht.

Bürgermeister Scholz hat dem Magistrat und der Stadtverordnetenversammlung mitgeteilt, daß er für den Fall des Inkrafttretens des Gesetzes in seiner jetzigen Form sein Amt nicht weiterführen könne, da die Grundzüge seiner Stellung völlig verändert und seine Rechte verlegt werden.

Die Stadtverordnetenversammlung hat am Donnerstag einen Vorschlag der Sozialdemokraten, Demokraten, Volkspartei, Wirtschaftspartei und des Zentrums auf Kenntnisnahme des Rücktrittsgesuches von Bürgermeister Scholz mit 83 gegen 75 Stimmen angenommen. Darauf erklärte der Vorsitzende, daß nach der Geschäftsordnung der kommunalistische Mißtrauensantrag gegen den Bürgermeister nicht zur Abstimmung kommen könne. Auch die Mehrheit des Hauses entschied in diesem Sinne. Kurz nach Mitternacht wurde die Debatte über einen 75-Millionen-Zwischkredit fortgesetzt. Gegen 1 Uhr früh wurde ein Zentrumsantrag angenommen, der dem Magistrat die Zustimmung zur Aufnahme eines Kredits verleiht.

Der österreichische Bundesminister für Justiz, Dr. Scherff, ist zu Besprechungen über Fragen, vor allem des Arbeitsrechtes, in Berlin eingetroffen.

### Letzte Nachrichten

#### Heute Reichsratsitzung

##### Um die Steuererhöhungen

BR. Berlin, 27. März. (Tel.) Der Reichsrat tritt um 5 Uhr nachmittags zu einer Sitzung zusammen, auf deren Tagesordnung auch bereits die Stellungnahme zu den Reichstagsbeschlüssen der letzten Tage steht, zum Etat, zu den Steuererhöhungen, zur Zollvorlage usw. Es ist aber noch nicht sicher, daß die endgültige Entscheidung des Reichsrats, namentlich über die Steuern, erfolgt. Die Reichstagsausschüsse haben schon heute vormittag mit der Beratung über die Etats begonnen. Die Reichsregierung ist bemüht, einen Einspruch des Reichsrats gegen die Steuererhöhungen herbeizuführen. Ob das gelingt, läßt sich noch nicht übersehen. Wenn es nicht möglich ist, die Einspruchserhandlungen bis zum Nachmittag zum Abschluß zu bringen, wird am Samstagmittag eine weitere Vollziehung des Reichsrats stattfinden, um den Etat endgültig zu verabschieden.

Wie die „Germania“ erzählt, hat das preussische Staatsministerium beschlossen, die preussischen Stimmen im Reichsrat für den Einspruch gegen die Verdoppelung des Einkommensteuerauschlages für Einkommen über 20 000 M abgeben zu lassen. Dem Blatt zufolge kann nunmehr mit Sicherheit erwartet werden, daß der Einspruch eine Mehrheit findet und dementsprechend die Verdoppelung des Zuschlages nicht Gesetz werden wird. Gegen die Verdoppelung der sog. Sanktionssteuer werde die preussische Regierung nicht Einspruch erheben, infolgedessen sei es hier zum mindesten sehr fraglich, ob ein Einspruch des Reichsrates zustandekommen wird.

#### Keine Genehmigung

##### des Schenker-Vertrages

#### Die Reichsbahn sucht einen Ausgleich

BR. Berlin, 27. März. (Tel.) Der Reichsverkehrsminister hat dem in der Öffentlichkeit bekannten Vertrag zwischen der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft, Hauptverwaltung, und der Firma Deutsche Bahnspedition Schenker & Co., G. m. b. H. in Berlin, über den Wollfracht, Sammelschiffungen, Verkehrsverordnungen und Kraftwagenverkehr in der vorgelagten Fassung namens der Reichsregierung, die nach § 31 Ziffer 4 des Reichsbahngesetzes vorbehaltene Genehmigung verweigert. Diese Entscheidung ist am 26. März der Deutschen Reichsbahn-Gesellschaft mitgeteilt worden.

Von Reichsbahnseite wird mitgeteilt: Es bestätigt sich, daß der Reichsverkehrsminister der Reichsbahn mitgeteilt habe, daß er der jetzigen Fassung des Bahnspeditionsvertrages die Genehmigung verweigere. Demgegenüber muß an den Standpunkt der Reichsbahn erinnert werden, daß der Bahnspeditionsvertrag nicht der Genehmigung der Reichsregierung bedürfe. Auf der anderen Seite wurde von der Reichsbahn nach der letzten Verwaltungsratsitzung vor einigen Tagen die Auffassung vertreten, daß in gemeinsamen Beratungen mit der Reichsregierung sowie mit den Spitzenverbänden der Wirtschaft ein Ausgleich in der Bahnspeditionfrage gesucht werden muß.

#### Gandhi droht mit Selbstmord

BR. London, 27. März. (Tel.) „Times“ meldet aus Karachi: In einer Rede vor einer ungeheuren Versammlung kam Gandhi gestern auf die Zusammenstöße zwischen Hindus und Mohammedanern in Calcutta zu sprechen und sagte: Wenn Hindus und Mohammedaner fortfahren, Indien zu spalten, dann werde ich mich zurückziehen und freiwillig den Suizid sterben. Über die persönlichen Beschimpfungen, denen er am Tage zuvor ausgesetzt war, sagte er: Ihr könnt mich ermorden, Ihr könnt mir die Kehle durchschneiden, aber selbst wenn Ihr Gandhi tötet, werdet Ihr Gandhis Sache nicht töten.

Gandhi wurde, als er zur Tagung des Indischen Nationalkongresses in Karachi ankam, von einer hauptsächlich aus Jugendlichen bestehenden Menschenmenge mit wütenden Niedertrüfen empfangen. Es handelt sich um Demonstrationen radikaler Nationalisten und Kommunisten. „Verräter“ und „Mörder“-Rufe begleiteten Gandhi und andere gemäßigte Mitglieder des Kongresses auf einem langen Weg.

Der Konflikt in Thüringen. Der Haushaltsausschuß des Thüringischen Landtags nahm am Donnerstag auf Antrag der thüringischen Sozialdemokratie mit den Stimmen der Volkspartei folgende Entscheidung an: „Der Landtag mißbilligt die Berufung des nationalsozialistischen Rassenforschers Prof. Dr. Günther an die Universität Jena, da ein sachlich-wissenschaftliches Bedürfnis für eine solche Berufung nicht vorliegt und die Einrichtung völlig überflüssiger Lehrstühle bei der finanziellen Notlage des Landes Thüringen nicht verantwortet werden kann.“ Ferner wurde ein volksparteilicher Antrag angenommen, der die Landesregierung beauftragt, den von dem Volksbildungsminister Fried als Hochberater für Kunstangelegenheiten beauftragten nationalsozialistischen Redakteur Dr. Biegler unverzüglich aus seinem Tätigkeitsbereich zu entfernen.

Übergang der Steuerverwaltung Braunschweigs auf das Reich. Im Braunschweigischen Landtag wurde am Donnerstag die Vorlage betr. Übertragung von Geschäftsbereich der Landessteuerverwaltung auf die Reichsfinanzbehörde angenommen. Somit gehen Veranlagung, Erhebung und Verteilung der Grundsteuer, der Gewerbesteuer und der Hauszinssteuer auf das Reich über.

### Wirtschaftliche Umschau

#### Badische Handelspflanzen: Zuckerrüben und Zichorie

##### Neugruppierung in der Eisenproduktion

Mit der nun vor dem Abschluß stehenden Neuordnung der deutschen Zuckerrückwirtschaft hat sich auch die kürzliche Vollversammlung der Badischen Landwirtschaftskammer beschäftigt. Dabei kamen die Wünsche der badischen bäuerlichen Zuckerrübenproduzenten nochmals zum Ausdruck. Die Zuckerrübe ist eines der wichtigsten badischen Handelsgewächse. Ihre Anbaufläche hat sich in Baden seit 1925 von 2000 auf rund 4000 Hektar erhöht, und übertrifft damit die größte bisherige Anbaufläche (im Krieg 1915) um 1000 Hektar. Durch die geplante Neufontingentierung würden alle badischen Landwirte, die in der letzten Zeit (1929 und 1930) den Rübenbau neu aufgenommen hatten, von der Rübenlieferung an die Fabriken ganz ausgeschlossen werden, und auch die übrigen Kauflieferanten der Zuckerrückwirtschaft starke Einschränkungen erfahren. Es wird mit Recht darauf hingewiesen, daß der bäuerliche Zuckerrübenbau, wie er besonders im Süddeutschland und Baden (Kraichgau und Nordbaden) betrieben wird, wirtschaftlicher ist als der in den norddeutschen großen Gütern, da der Bauer wegen seiner verhältnismäßig stärkeren Viehhaltung besser imstande ist, die Nebenprodukte, Schnitzel usw., auszunutzen, und außerdem keine ausländischen Arbeitskräfte beschäftigt. Es handelt sich also sowohl um wirtschaftliche, wie auch volkswirtschaftliche Argumente, die es gebieterisch verlangen, daß der bäuerliche Produzent bei der neuen Festsetzung der Rübenkontingente nicht zugunsten der norddeutschen Großproduzenten benachteiligt wird. Die Badische Landwirtschaftskammer verlangt auch, daß die Kontingentflächen nicht alle vier Jahre, sondern alljährlich festzusetzen seien.

Die künftige deutsche Zuckerrückwirtschaft wird durch eine Verordnung geregelt, die das Reichskabinett bereits passiert hat und gegenwärtig im Reichsrat liegt. Diese Verordnung soll die Voraussetzung für die Verwirklichung des internationalen Zuckerrückkommens schaffen. Alle deutschen Fabriken werden zwangsweise zu einer „Wirtschaftlichen Vereinigung der deutschen Zuckerrückindustrie“ zusammengefaßt werden, die künftig unter Berücksichtigung der internationalen Vereinbarungen Ausfuhr, Erzeugung und Absatz zu regeln hat, wobei der Reichsernährungsminister Einspruch erheben kann. Die Vereinigung hat auch das internationale Abkommen zu unterzeichnen. Ein Reichsausschuß, zusammengesetzt aus je drei Vertretern der Industrie und der Rübenlieferanten, soll unter Vorsitz des Reichsernährungsministers die Kontingentverteilung regeln, die Unterverteilung soll durch Bezirksausschüsse für die verschiedenen Erzeugungsgebiete geschehen. Auch ein Schiedsgericht ist vorgesehen. Das Gesamtkontingent der deutschen Zuckerrückindustrie ist auf 41 Mill. Zentner festgesetzt und auf die einzelnen Fabriken bereits umgelegt worden. Jede Fabrik muß 15 Proz., darf aber nicht mehr als 20 Proz. der Erzeugung ausführen.

Die Zichorienproduzenten, darunter auch die badischen, sind in Berlin vorstellig geworden, um einen Verwendungszwang eines gewissen Anteils inländischer Zichorie bei der Herstellung von Kaffeeersatzmitteln durchzusetzen. Die Zichorie, die auch in Württemberg und einigen Gebieten Norddeutschlands angebaut wird, umfaßt in Baden, nachdem der Anbau vor dem Krieg dauernd abgenommen hatte, in der Nachkriegszeit aber wieder angestiegen war, 1927 annähernd 933 ha Anbaufläche, sank aber dann bis auf 659 ha 1930 herab. Der Anbau erfolgt in einer Reihe Gemeinden des Pfing- und Kraichgauer, u. a. Gondelsheim, Eppingen, Rohrbach, Hilsbach. Die Zichorie, eine Kulturform der bekannten, vielfach an Wegen zu findenden blau-blumigen Wegwarte und eine Verwandte zweier Salatgewächse, der Endivie und der Chicorée, hat eine rübenartige Wurzel, die zerkleinert und geröstet wird und den Grundstoff zu den bekannten Kaffeeergüssen und Kaffeeersatzmitteln liefert, wie sie u. a. die Firma Frank Söhne in Ludwigsburg herstellt. Die Zichorienbauern wollen stärkere Berücksichtigung ihrer Produkte in der verarbeitenden Industrie, die auch auf ausländische, namentlich die billige belgische Zichorie zurückgreift. Da es sich um das Gebiet des badischen Zuckerrübenbaues handelt, der ja auf jeden Fall Einschränkungen erfahren wird, würde ein besser gesicherter Absatz der Zichorienrüben den Landwirten die Umstellung erleichtern.





